

Die politische und rechtliche Situation in Russland bleibt schwierig und verschlechtert sich weiter. In den letzten anderthalb Jahren haben die russischen Behörden zahlreiche Änderungen an der Militärgesetzgebung vorgenommen. Es ist bemerkenswert, dass solche Änderungen noch im Jahr 2021 eine Welle der Empörung und zivile Proteste hätten auslösen können, aber nach dem 24. Februar 2022 versank die russische Gesellschaft in tiefe Apathie.

Alle Drohungen, die in den letzten 10-15 Jahren ausgesprochen wurden, sind Wirklichkeit geworden. Die übliche Einberufung zum Militärdienst, die in Russland zweimal im Jahr stattfindet, wird nun als eine gesonderte Gelegenheit wahrgenommen, in den Krieg zu ziehen. Die von Wladimir Putin im September 2022 angekündigte Mobilisierung wird fortgesetzt. Die russischen Behörden haben Änderungen an den Vorschriften für die Benachrichtigung der Wehrpflichtigen vorgenommen und mit der Entwicklung eines elektronischen Registers begonnen, um die Registrierung dieser Personen für die Zwecke der Einberufung zu vereinfachen. Die Änderungen betrafen auch andere Aspekte: Das Einberufungsalter wurde von derzeit 18-27 Jahren auf 18-30 Jahre geändert. Darüber hinaus wurden die Bußgelder für Verstöße gegen die Wehrpflicht und für das Ignorieren von Aufforderungen des Amtes für Wehrpflicht und Einberufung erhöht. Gegen juristische Personen wurden Bußgelder verhängt, weil sie es versäumt haben, detaillierte Informationen über ihre wehrpflichtigen Mitarbeiter zu liefern. Bei den Maßnahmen der Melde- und Einberufungsbehörden wurden Methoden angewandt, die nicht schnell und wirksam angefochten werden können: Die gewaltsame Übergabe eines Wehrpflichtigen an die Melde- und Einberufungsbehörden und die sofortige Überstellung an den Ort des Wehrdienstes unter Verletzung aller möglichen Gesetze und Vorschriften sind bereits zur Tradition geworden. Die Melde- und Einberufungsämter und ihre

Mitarbeiter wissen, dass sie keine Verantwortung für die Zwangseinberufung von Bürgern zum Militärdienst tragen.

Für die Melde- und Einberufungsämter steht nicht das Leben der Menschen im Vordergrund, sondern die Zahlen, die nach dem Ende der Einberufungskampagne in den Berichten auftauchen. Leider ist der Verweis auf die geltende russische Gesetzgebung in bestimmten Fragen der Interaktion mit dem Militärischen Melde- und Einberufungsbüro nutzlos.

Die immer noch andauernde Mobilisierung wiederum bedroht das Leben und die Gesundheit der meisten Männer im Alter von 18 bis 55 Jahren. Es gibt praktisch keine klaren Kriterien für die Einberufung zur Mobilmachung, und eine Rückkehr aus dem Krieg ist fast unmöglich. Anwälte führen einen ungleichen Kampf, indem sie sich an jede Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums klammern, damit ein Soldat aus dem Kriegsgebiet nach Hause zurückkehren kann. Unabhängig davon setzen die russischen Behörden weiterhin auf das Prinzip der Einschüchterung: Im September kündigte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Andrej Kartapolow, Änderungen des russischen Strafgesetzbuches an, um einen eigenen Artikel für das Ignorieren von Aufforderungen des militärischen Melde- und Einberufungsamtes zur Mobilisierung einzufügen. Bislang wurde ein solcher Gesetzentwurf noch nicht eingebracht, aber wir glauben, dass es nur eine Frage der Zeit ist. Wenn ein Artikel im Strafgesetzbuch erscheint, der das Nichterscheinen zu Mobilisierungsveranstaltungen nach Aufforderung durch das militärische Melde- und Einberufungsamt unter Strafe stellt, dann wird für die meisten Menschen in Russland die Frage der Auswanderung zur obersten Priorität auf der Tagesordnung.

Die Bürger Russlands, die sowohl der Wehrpflicht als auch der Mobilisierung unterliegen, stehen unter ständigem Stress, sowohl wegen der sich ändernden Gesetzgebung als auch wegen der Unfähigkeit, dem Staat, der durch die militärischen Registrierungs- und Rekrutierungsbüros vertreten wird, wirksam zu widerstehen. Die derzeitige alarmierende Situation führt zu dem verständlichen Wunsch, einen dauerhaften Wohnsitz in einem anderen Land zu suchen. Bisher können Russen mit einem Inlandspass schnell nach Kasachstan, Armenien und Kirgisistan reisen. Bestimmte Länder wie die Türkei, Usbekistan und Georgien verlangen für Auslandsreisen einen Reisepass. Dieser Pass wird, wenn er nicht im Voraus ausgestellt wurde, nicht einfach so ausgestellt. Das Innenministerium, das in Russland für die Ausstellung von Reisepässen zuständig ist, verlangt häufig unter Verstoß gegen das Gesetz eine Bescheinigung des Einwohnermelde- und Einberufungsamtes, aus der hervorgeht, dass eine Person nicht der Wehrpflicht unterliegt. Diese Praxis ist rechtswidrig, aber es ist sehr zeitaufwendig, gegen die Maßnahmen der Mitarbeiter des Innenministeriums Einspruch zu erheben. Die Auswanderung wiederum ist nicht für jeden möglich. Natürlich können es sich die meisten russischen Bürger nicht leisten, das Land zu verlassen. Diese Bürger bleiben nicht, weil sie Putin und seine Politik unterstützen, sondern weil sie nicht die Möglichkeit dazu haben. Es ist bemerkenswert, dass sich sowohl für die Russen, die das Land verlassen haben, als auch für diejenigen, die geblieben sind, Probleme ergeben. Und wie es der Zufall will, sind die meisten dieser Bürger genau diejenigen, die den Krieg ablehnen und eine rasche Unterzeichnung von Friedensabkommen fordern.

Leider zeigen die in den letzten anderthalb Jahren durchgeführten Maßnahmen sowohl staatlicher als auch privater Kampagnen eher eine emotionale, aber keine rationale Reaktion auf die Ereignisse, die begonnen haben. Die meisten Bürgerinnen und Bürger, die das Land verlassen haben, sehen sich mit Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, Dokumente für einen

dauerhaften Aufenthalt zu erhalten, ein Bankkonto zu eröffnen, ihre Kinder in Kindergärten oder Schulen zu bringen, und mit vielen anderen Problemen.

Die im Lande verbliebenen Bürger sind gezwungen, die oben beschriebenen Risiken, die von den Behörden der Russischen Föderation ausgehen, zu ertragen. Gleichzeitig beobachten sie die Schwierigkeiten, die sich für diejenigen ergeben, die das Land verlassen haben und sich entschließen, Russland nicht zu verlassen.

Ein markantes Beispiel für solche Aktionen sind die Klarstellungen der EU-Regierung - der Europäischen Kommission - vom September, die so weit gefasst waren, dass sie den Staaten in Europa eine willkürliche Auslegung erlaubten. So kündigten die baltischen Staaten an, dass sie Autos mit russischen Kennzeichen auf jeden Fall zurückhalten werden. Andere Länder, wie z.B. Deutschland, verzichteten auf diese Idee, obwohl es im Juli/August auch in Deutschland Präzedenzfälle für die Beschlagnahmung von Autos gab. Man kann die Gefühle der Russen gut verstehen, die sehen, dass die EU-Sanktionen in erster Linie Bürger treffen, die gegen den Krieg sind, aber nicht diejenigen, die dem Kreml nicht nahe stehen und die nicht mit den oben beschriebenen Problemen konfrontiert sind.

Was erwarten die russischen Bürger von Deutschland und der EU?

Ich glaube, dass eine der einzigen Optionen die Anerkennung von potentiellen Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen ist, die weiterhin in der Gefahr stehen, in der Wehrpflicht oder in der regulären Armee unter einem Mobilisierungsverfahren zu enden, in welchem sie diskriminiert werden. Die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen hat sich zum Ziel gesetzt, mit den Staaten der Europäischen Union in Kontakt zu treten, um das Verfahren zur Ausstellung von humanitären Visa für die am meisten gefährdeten Kriegsdienstverweigerer zu vereinfachen. Wir verstehen, dass es unmöglich ist,

alle Männer im wehrfähigen Alter in europäische Länder zu transportieren, aber wir können Kriterien aufstellen, nach denen Männer mit dem größten Risiko das Land verlassen können und nicht am Krieg teilnehmen.

Ich danke Ihnen